

die Organisatoren und die 50.000 Teilnehmer der Menschenkette gegen Tihange 2 und Doel 3 seinen Dank ausgesprochen. Sie haben damit ein deutliches Zeichen gesetzt, und es ist sicherlich ein Verdienst dieser friedlichen grenzüberschreitenden Demonstration, dass die Betreiberfirma dieser Pannereaktoren nun zu einem Gespräch mit den gesellschaftlichen Interessengemeinschaften bereit war. Auch für diesen Einsatz gilt den Interessengemeinschaften unser großer Dank.

Wir sehen, dass die Aktivitäten der verschiedenen Bündnisse in den Regionen erste Anzeichen für ein Umdenken bewirken.

Das Ziel des hier vorliegenden Antrags der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU ist daher die Unterstützung dieser Gruppen, die sich in Nordrhein-Westfalen für die Abschaltung des Pannereaktors in Tihange einsetzen und die auf eine unabdingbare Transparenz bei der Betreibergesellschaft drängen. Durch den Antrag soll die Unterstützung durch diesen Landtag deutlich gemacht werden – nicht mehr und nicht weniger.

Viele Menschen in Nordrhein-Westfalen und gerade auch in meiner Region, in den Kreisen Heinsberg, Düren, Euskirchen und in der Städteregion Aachen, sind verängstigt, verängstigt von den ständigen Meldungen über technische Pannen der störanfälligen Reaktoren, über Gutachten zur Gefährdung der Stabilität der Reaktorbehältnisse und über eine Vielzahl neuer Risse in den letzten Jahren, die selbst von den belgischen Aufsichtsbehörden festgestellt wurden. Dass es sich hierbei um gefährliche Pannereaktoren handelt, wird auch dem nicht fachkundigen Beobachter durch das wiederholte Vom-Netz-Nehmen dieser Reaktoren, insbesondere von Tihange 2, deutlich.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Dummes Zeug!)

Hinzu kommt das offenbar mangelnde Verantwortungsbewusstsein für den Betrieb solcher Anlagen durch die Betreibergesellschaft. Der Landtag hat bereits im Dezember 2016 einen einstimmigen Beschluss zur Abschaltung von Tihange gefasst.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Das passiert nicht mehr!)

FDP und CDU haben die Forderung nach einer Stilllegung von Tihange nochmals im April 2017 bekräftigt. Am Wochenende haben nun Gespräche zwischen dem Betreiber Electrabel und den Interessengemeinschaften aus Deutschland, Belgien und den Niederlanden stattgefunden.

Wir als CDU unterstützen ausdrücklich die Forderungen der Interessengemeinschaften, dass alle notwendigen Unterlagen mindestens zwei unterschiedlichen unabhängigen Sachverständigen zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall von der CDU)

Electrabel hat hierzu zwar eingewilligt, ist aber mit einer Veröffentlichung der Ergebnisse einer solchen Prüfung nicht einverstanden. Zudem sollen auch nicht alle Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.

Wir fordern von der Betreibergesellschaft die Schaffung einer Transparenz, die eine objektive Beurteilung der Sicherheitslage durch unabhängige Experten ermöglicht.

Natürlich müssen die Ergebnisse dieser Prüfungen auch veröffentlicht werden dürfen. Hierfür steht allein Electrabel in der Verantwortung.

Wir fordern – auch hier, denke ich, mit großem Konsens – die Bundesregierung dazu auf, stärker als bisher auf die belgische Regierung einzuwirken und auf eine Stilllegung der Pannereaktoren zu drängen.

Selbstverständlich müssen wir uns auch um eine sinnvolle energiewirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Belgien kümmern. Für diese Zusammenarbeit gibt es schon seit Langem eine Initiative der CDU. ALEGrO 1 ist bereits im Planfeststellungsverfahren, und eine weitere Netzverbindung ist sicherlich erforderlich.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Für deutschen Überschuss!)

Diese Fragen sollten wir aber an anderer Stelle diskutieren und bewusst nicht gemeinsam mit unserem Antrag auf Unterstützung der nordrhein-westfälischen Regionen und Interessengemeinschaften zur Schaffung der unabdingbaren Transparenz sowie auf eine stärkere Einwirkung der Bundesregierung zur Abschaltung von Tihange 2 behandeln. Durch weitere Forderungen in andere Richtungen würde das Zeichen unserer Unterstützung geschmälert.

Ich werbe daher um eine breite Zustimmung zu unserem Antrag als weiteres starkes Zeichen gegenüber den Betreibern dieser Pannereaktoren. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Schnelle. Herzlichen Glückwunsch zur ersten Rede, wie man merkt zu einem interessanten und spannenden Thema. – Die zweite Rede zu diesem Thema werden wir von Herrn Dr. Pfeil von der FDP-Fraktion hören.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass wir heute erneut zu diesem hier im Hause wohlbekanntesten Thema debattieren, ist zunächst ein schlechtes Zeichen; denn es bedeutet, dass das Problem „Tihange“ nicht gelöst ist. Der störanfällige

Reaktor läuft weiter. Deshalb muss auch die Debatte weitergehen und der Landtag sich erneut mit diesem Thema beschäftigen und ein Signal der Geschlossenheit an die nordrhein-westfälischen Regionen senden – insbesondere an die Region Aachen.

Das berechtigte Anliegen der Regionen, dass der Betreiber Electrabel seiner Verantwortung gegenüber der Bevölkerung gerecht wird, teilen wir, und zwar über fast alle Fraktionen hinweg. Ja, das Problem „Tihange“ besteht weiterhin. Es geht dabei nicht nur um Risse und – gerichtet an eine Partei, die dies in der letzten Aussprache zu diesem Thema herunterspielte – auch nicht um Panikmache.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Oh doch!)

Seit 2010 gibt es Probleme – hören Sie zu, Herr Blex –: zunächst mit auslaufendem säurehaltigen Wasser in die Maas, 2011 mit unkontrolliert auslaufendem Kühlwasser. Außerdem gab es 2012 Probleme mit nicht funktionierenden Heizstäben des Druckhalters und dann mit den bekannt gewordenen Rissen. Zudem wurde publik, dass das Kühlwasser auf 40 Grad vorgeheizt werden muss. Grund dafür ist die Instabilität des Reaktordruckbehälters, der durch zu kaltes Kühlwasser einen thermischen Schock erleiden könnte. 2014 gab es eine Explosion und Feuer in einem Transformator auf dem Gelände, was zur Abschaltung von Block 3 führte. 2015 folgte ein weiterer Störfall mit den Überdruckventilen. 2016 wurde in Belgien zudem öffentlich die Frage diskutiert, ob Tihange sicher gegen Terrorangriffe ist.

Herr Blex, es geht nicht nur um Risse. Es geht um ganz andere Probleme. Diese Probleme müssen gelöst werden.

(Beifall von der FDP)

Deshalb begrüßen wir positive Entwicklungen, wie klein sie zunächst auch erscheinen mögen.

Bislang hatte der „Bewegungsmelder“ beim Betreiber Electrabel noch nie ausgeschlagen; das Verhalten des Konzerns kam vielmehr einer Totalverweigerung gleich. Nun gab es aber immerhin ein erstes Treffen mit Gruppen aus Belgien, den Niederlanden und Deutschland. Und es gibt zumindest erste Ansätze beim Betreiber, seiner Pflicht zur Transparenz nachzukommen.

Ich sage das so vorsichtig, weil das konkrete Angebot nicht zufriedenstellen kann. Electrabel möchte offenbar einem einzigen Gutachter im eigenen Haus Zugang zu seinen Unterlagen geben – und das insgesamt nach eigenen Bedingungen. Das ist keine echte Transparenz. Für uns ist das viel zu wenig.

Deshalb fordern wir im Antrag ausdrücklich: Electrabel muss unabhängigen Experten die Möglichkeit geben, objektive Prüfungen und Beurteilungen vorzunehmen.

Die Bevölkerung hat Anspruch auf eine objektive und fundierte Bewertung der Risiken. Das muss doch auch im Sinne des Betreibers sein, der diese Risiken bisher vehement bestreitet.

Wir fordern deshalb – gerichtet an Electrabel –: Ermöglichen Sie den Zugang. Ermöglichen Sie eine transparente Untersuchung. Kommen Sie Ihrer Verantwortung gegenüber der Bevölkerung nach. – Der Landtag wird diese Forderung heute noch einmal bekräftigen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Dr. Pfeil, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Blex?

Dr. Werner Pfeil (FDP): Zuerst möchte ich zu Ende reden.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie wollen jetzt keine Zwischenfrage zulassen?

Dr. Werner Pfeil (FDP): Nein. Herr Dr. Blex kann zunächst zuhören und anschließend fragen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Wie Sie wünschen.

Dr. Werner Pfeil (FDP): Wir erwarten vom Betreiber Transparenz. Wir erwarten auch, dass die neue Bundesregierung die Gespräche mit Belgien intensivieren wird. Nochmals sei versichert: Wir als Land Nordrhein-Westfalen werden ebenfalls Gespräche führen.

In der Plenardebatte im Juni dieses Jahres habe ich es schon einmal gesagt: Der erfolversprechende Weg kann nur sein, miteinander zu sprechen und Lösungen zu suchen. Wir unterstützen deshalb unsere Landesregierung, die genau diese Gespräche führt.

Dabei wird es natürlich auch um das Thema der Versorgungssicherheit auf belgischer Seite gehen. Denn das ist die andere Seite des Forderungskatalogs: So eindringlich wir gegenüber Belgien auf die Stilllegung drängen, so eindringlich wollen wir dies mit echter Unterstützung verbinden. Wenn die Netzverbindungen zwischen Belgien und NRW ausgebaut und Belgien damit stärker in den Energiebinnenmarkt integriert wird, stellt sich die Frage der Versorgungssicherheit ganz neu. Sie kann dann ohne Tihange beantwortet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, dass wir gleich ein von fast allen Fraktionen getragenes Signal in die betroffenen Regionen und an den Betreiber senden können; denn an erster Stelle steht die Sicherheit der Bevölkerung. Deshalb darf es keinen Transparenzrabatt für den Betreiber geben. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt
Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Pfeil. – Als Nächstes spricht für die dritte antragstellende Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Wibke Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, meine Stimme hält bei diesem wichtigen Thema noch bis zum Ende der Debatte durch.

Ja, bislang gelang es, das klare Signal aus diesem Landtag zu senden: Tihange muss abgeschaltet werden, und zwar sofort.

(Beifall von Josefine Paul [GRÜNE])

Es gibt mehr als genug Gründe, um sich Sorgen zu machen. Meine Vorredner sind darauf schon eingegangen. Und diese Besorgnis drückt sich im gemeinsamen Antrag aus, den wir nun behandeln.

Im Dezember letzten Jahres haben wir hier im Plenum den Schulterschluss in einem von allen Fraktionen gemeinsam getragenen Antrag sehr gut hinbekommen. Im Juli dieses Jahres hat die Regierungskoalition im mehrheitlich abgestimmten Entschließungsantrag wesentliche Aspekte unseres damaligen grünen Antrags aufgegriffen.

Die „Aachener Zeitung“ schrieb vor drei Tagen, in Belgien gebe es eine Zeitrechnung vor und eine nach der Menschenkette gegen Tihange. Es wäre gut, wenn es so wäre. Gerne möchte ich glauben, dass die Proteste im Juni bei der Betreibergesellschaft Engie Electrabel einen Denkprozess angestoßen haben. Doch, ehrlich gesagt, unsere Skepsis bleibt groß.

Ja, es ist eine positive Entwicklung, dass es nun Gespräche zwischen dem Aktionsbündnis und der Betreibergesellschaft gibt, dass Electrabel in einen wenn auch nur sehr verhaltenen Dialogprozess eingestiegen ist und Einsicht in seine Betriebsunterlagen in Aussicht gestellt hat. Echte Transparenz sehen wir Grüne darin jedoch noch nicht. Aufrichtige Transparenz vonseiten der Betreibergesellschaft würde uns nach dem, wie wir es bislang erlebt haben, mehr als verwundern.

Was wir von Engie Electrabel bislang kennen, ist eine gänzlich andere Vorgehensweise. Schon in der Bauphase traten Risse in den Reaktordruckbehältern von Tihange 2 und Doel 3 auf. Das wurde mehr als 40 Jahre lang verschwiegen. Probleme und Pannen werden vertuscht. Einblick in Betriebsunterlagen ist nicht möglich. Vertrauen schafft man so nun wirklich nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und Dr. Werner Pfeil [FDP])

Der gemeinsame Antrag von CDU, FDP und uns Grünen geht daher in die richtige Richtung. Electrabel stellt Dialogbereitschaft in Aussicht. Das ist gut. Doch der Druck auf die Betreibergesellschaft und den belgischen Staat und damit die belgische Atomaufsicht muss weitergehen. Und das ist der richtige Weg: Dialog auf Augenhöhe, aber mit Nachdruck, beharrlich den Staat Belgien und die Betreibergesellschaft in die Verantwortung nehmen.

Von der Landesregierung erwarte ich, dass sie uns erklärt, wie sie die Arbeit der rot-grünen Vorgängerregierung fortsetzt, welche Gespräche sie bereits geführt hat und welche Schritte sie noch plant.

(Beifall von den GRÜNEN)

Schade ist allerdings, dass die SPD – ehrlich gesagt, ganz eitel – dem gemeinsamen Antrag mit einem eigenen Entschließungsantrag begegnet. Das sind meiner Meinung nach unnötige Spielchen, mit denen Sie wer weiß was und wem etwas beweisen wollen. Wir machen bei diesen Spielen insofern nicht mit, als dass wir uns lieber inhaltlich mit Ihrem Antrag auseinandersetzen. Und wir werden Ihrem Antrag gleich zustimmen, weil auch einige richtige Aspekte darin enthalten sind.

Belgien plant bis 2025 den Atomausstieg und hat leider selbst noch nicht genügend Maßnahmen ergriffen, beispielsweise beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Daher sind hinsichtlich der Versorgungssicherheit Belgiens und der grenzüberschreitenden energiewirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland noch Fragen offen.

Ich möchte daran erinnern, dass wir uns bereits in der vergangenen Legislatur mit diesen Fragen hier beschäftigt haben. Der damalige Umweltminister Johannes Rimmel hat dem Landtag im Januar dieses Jahres ein Gutachten zugeleitet, das sich genau damit auseinandersetzt. Das besagt kurz: Wenn Belgien seine Schrottreaktoren in Tihange und Doel bis 2025 komplett abschaltet und gleichzeitig die Stromleitungen zwischen Deutschland und Belgien ertüchtigt werden, kann die Versorgungssicherheit in Belgien und in Deutschland gewährleistet bleiben.

Sehr geehrte Damen und Herren, von der Atomenergie gehen große Gefahren aus. Bei Tihange und Doel sind sie besonders groß. Bei einem Unfall der uralten, pannenreichen Meiler wären Millionen von Menschen in einem dicht besiedelten Teil Europas betroffen.

Und dann haben wir über die Bedrohung durch terroristische Angriffe noch nicht gesprochen. Die wurden erst gestern in einer Greenpeace-Studie besonders für die französischen AKWs Fessenheim und Cattenom sowie die belgischen AKWs Tihange und Doel als dramatisch dargestellt. Denn gerade hier sind die